

PRESSEKONFERENZ

Bratislava, 2. Mai 2013

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Ich möchte mich bei Präsident Makúch für seine Gastfreundschaft bedanken und seinen Mitarbeitern unseren besonderen Dank für die hervorragende Organisation der heutigen Sitzung des EZB-Rats aussprechen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung informieren, in der wir eine Reihe von Beschlüssen zu den Leitzinsen der EZB, zur Liquiditätszuteilung und zu möglichen Wegen für eine verbesserte Kreditversorgung getroffen haben. An der Sitzung hat auch der Vizepräsident der Kommission, Herr Rehn, teilgenommen.

Erstens hat der EZB-Rat auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse beschlossen, den **Zinssatz** für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems um 25 Basispunkte auf 0,50 % und den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um 50 Basispunkte auf 1,00 % zu senken. Der Zinssatz für die Einlagefazilität wird unverändert bei 0,00 % belassen. Diese Beschlüsse stehen mit dem auf mittlere Sicht niedrigen zugrunde liegenden Preisdruck in Übereinstimmung. Die Inflationserwartungen für das Euro-Währungsgebiet bleiben fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung auf mittlere Sicht unter, aber nahe 2 % zu halten. In dieses Bild passt auch, dass das Geldmengen- und Kreditwachstum nach wie vor verhalten ist. Zugleich hat sich das trübe Wirtschaftsklima bis ins Frühjahr 2013 fortgesetzt. Die Zinssenkung sollte dazu beitragen, die Aussichten für eine Erholung im weiteren Jahresverlauf zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund wird der akkommodierende geldpolitische Kurs so lange wie nötig beibehalten. In nächster Zeit werden wir alle eingehenden Informationen zu den wirtschaftlichen und monetären Entwicklungen sehr genau verfolgen und sämtliche Auswirkungen auf die Aussichten für die Preisstabilität analysieren.

Zweitens beobachten wir die Bedingungen am Geldmarkt und deren mögliche Implikationen für unseren geldpolitischen Kurs sowie dessen Übertragung auf die Wirtschaft genau. In diesem

Zusammenhang haben wir heute beschlossen, die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRGs) so lange wie erforderlich, jedoch mindestens bis zum Ende der sechsten Mindestreserve-Erfüllungsperiode des nächsten Jahres am 8. Juli 2014, weiterhin als Mengentender mit Vollzuteilung durchzuführen. Auch bei den Refinanzierungsgeschäften des Eurosystems mit einer Sonderlaufzeit von der Dauer einer Erfüllungsperiode, die ebenfalls so lange wie nötig, mindestens aber bis zum Ende des zweiten Quartals 2014 durchgeführt werden, kommt dieses Verfahren weiter zum Einsatz. Der Festzins dieser Refinanzierungsgeschäfte mit Sonderlaufzeit wird dem jeweils geltenden Hauptrefinanzierungssatz entsprechen. Des Weiteren haben wir beschlossen, die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (LRGs) mit dreimonatiger Laufzeit, die bis Ende des zweiten Quartals 2014 zugeteilt werden, als Mengentender mit Vollzuteilung durchzuführen. Die Zinssätze für diese dreimonatigen LRGs werden dem durchschnittlichen Zinssatz der während der Laufzeit des jeweiligen Geschäfts durchgeführten HRGs entsprechen.

Drittens hat der EZB-Rat beschlossen, Konsultationen mit anderen europäischen Institutionen über Initiativen zur Förderung eines funktionierenden Marktes für Asset-Backed Securities zu beginnen, die durch Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften besichert sind.

Indessen kommt es entscheidend darauf an, dass die Regierungen die Umsetzung von Strukturreformen auf nationaler Ebene stärker vorantreiben. Dabei sollten sie auf den bei der Haushaltskonsolidierung erzielten Fortschritten aufbauen und die Rekapitalisierung der Banken erforderlichenfalls fortsetzen. Darüber hinaus gilt es, die Dynamik zur Schaffung einer echten Wirtschafts- und Währungsunion zu erhalten, unter anderem durch die zügige Errichtung der Bankenunion.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Das reale BIP ging im letzten Jahresviertel 2012 um 0,6 % zurück, nachdem es im vorangegangenen Vierteljahr um 0,1 % gesunken war. Somit war die Produktion das fünfte Quartal in Folge rückläufig. Am Arbeitsmarkt stellt sich die Lage insgesamt weiter schwach dar. Die jüngste Entwicklung der Konjunkturindikatoren, insbesondere der Umfragedaten, deutet darauf hin, dass sich das trübe Wirtschaftsklima bis ins Frühjahr 2013 fortgesetzt hat. Im Hinblick auf die nähere Zukunft sollte das Exportwachstum im Eurogebiet von einer Erholung der weltweiten Nachfrage profitieren, und die Inlandsnachfrage sollte auch durch unseren geldpolitischen Kurs gestützt werden. Überdies dürften die Verbesserungen, die seit dem vergangenen Sommer an den Finanzmärkten verzeichnet wurden, auf die Realwirtschaft durchwirken. Zugleich werden die notwendigen Bilanzanpassungen im öffentlichen und im privaten Sektor die Wirtschaftsentwicklung weiterhin belasten. Insgesamt dürfte sich die Konjunktur im Eurogebiet im zweiten Halbjahr stabilisieren und allmählich erholen.

Die Risiken für den Wirtschaftsausblick im Euroraum sind nach wie vor abwärtsgerichtet. Zu den Risiken zählen eine möglicherweise noch schwächer als erwartet ausfallende inländische und weltweite Nachfrage sowie eine langsame oder unzureichende Umsetzung von Strukturreformen im Eurogebiet. Diese Faktoren könnten die Stimmung eintrüben und dadurch die Erholung verzögern.

Die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI für das Euro-Währungsgebiet belief sich der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im April 2013 auf 1,2 % und lag damit unter dem im März

verzeichneten Wert von 1,7 %. Dieser Rückgang ist auf ein deutliches Absinken der Energiepreise zurückzuführen, hängt aber auch mit einem dem Ostertermin geschuldeten erheblichen temporären Effekt der Jahresänderungsrate der Dienstleistungspreise zusammen. Die Inflationsraten könnten auch im gesamten weiteren Jahresverlauf einer gewissen Volatilität ausgesetzt sein. Auf längere Sicht dürfte sich der zugrunde liegende Preistrend fortsetzen, und die Inflationserwartungen bleiben mittelfristig fest auf einem Niveau verankert, das mit Preisstabilität im Einklang steht.

Unter Berücksichtigung der heutigen Beschlüsse sind die Risiken in Bezug auf die Aussichten für die Preisentwicklung auf mittlere Sicht weitgehend ausgewogen, wobei sich Aufwärtsrisiken aus stärker als erwartet steigenden administrierten Preisen und indirekten Steuern sowie aus höheren Rohstoffpreisen und Abwärtsrisiken aus einer schwächeren Konjunktur ergeben.

Was die **monetäre Analyse** anbelangt, so bestätigen aktuelle Daten die weiterhin verhaltene Grunddynamik der monetären Expansion. Die Jahreswachstumsrate der weit gefassten Geldmenge M3 verringerte sich von 3,1 % im Februar auf 2,6 % im März. Die jährliche Zuwachsrate des eng gefassten Geldmengenaggregats M1 erhöhte sich geringfügig weiter auf 7,1 % im März, was die anhaltende Präferenz für die liquidesten in M3 enthaltenen Instrumente widerspiegelte. Einlagen beim inländischen geldhaltenden Sektor nahmen in den meisten Ländern mit finanziellen Schwierigkeiten im März erneut weiter zu.

Die um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigten Zwölfmonatsraten der Buchkreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und an private Haushalte sind nun seit dem Jahreswechsel weitgehend unverändert und beliefen sich im März auf -1,3 % bzw. 0,4 %. Die schwache Entwicklung der Kreditvergabe ist großenteils Ausdruck der aktuellen Phase des Konjunkturzyklus, des erhöhten Kreditrisikos sowie der anhaltenden Bilanzanpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor. Die jüngste Umfrage zum Kreditgeschäft der Banken bestätigt die verhaltene Nachfrage nach Buchkrediten im Euroraum. Während Anzeichen einer Stabilisierung erkennbar sind, deutet die Umfrage über den Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen (KMUs) im Euro-Währungsgebiet zu Finanzmitteln auf anhaltend restriktive Kreditbedingungen insbesondere für KMUs in einigen Euro-Ländern hin. Zudem lassen die verfügbaren Informationen darauf schließen, dass die Risiken seitens der Banken als hoch eingeschätzt werden.

Zur Gewährleistung einer angemessenen Transmission der Geldpolitik auf die Finanzierungsbedingungen in den Ländern des Euro-Währungsgebiets ist es wichtig, dass sich die Fragmentierung der Kreditmärkte im Euroraum weiter verringert und die Widerstandsfähigkeit der Banken erforderlichenfalls erhöht wird. Seit dem vergangenen Sommer ist die Finanzierungssituation der Banken verbessert worden; Fortschritte wurden auch bei der Erhöhung der heimischen Einlagenbasis in Ländern mit finanziellen Schwierigkeiten sowie bei der Verringerung der Abhängigkeit vom Eurosystem, die sich in der Rückzahlung von Mitteln aus den LRGs mit dreijähriger Laufzeit widerspiegelt, erzielt. Weitere entschiedene Maßnahmen zur Schaffung einer Bankenunion werden dabei helfen, dieses Ziel zu erreichen. Insbesondere weist der EZB-Rat darauf hin, dass der künftige einheitliche Aufsichtsmechanismus sowie ein einheitlicher Abwicklungsmechanismus entscheidende Elemente auf dem Weg hin zu einer Reintegration des Bankensystems darstellen und daher einer raschen Umsetzung bedürfen.

Zusammenfassend und unter Berücksichtigung der heutigen Beschlüsse ist festzuhalten, dass sich der wirtschaftlichen Analyse zufolge die Preise auf mittlere Sicht weiterhin im Einklang mit Preisstabilität entwickeln dürften. Die **Gegenprüfung** anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigt dieses Bild.

Was die **Finanzpolitik** betrifft, so weisen die Daten zu Defizit und Verschuldung, die von den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets im Frühjahr 2013 gemeldet wurden, auf einen Rückgang des durchschnittlichen Staatsdefizits von 4,2 % des BIP im Jahr 2011 auf 3,7 % des BIP im Jahr 2012 hin. Im selben Zeitraum stieg die durchschnittliche Staatsverschuldung von 87,3 % auf 90,6 % des BIP. Damit die Schuldenquoten wieder sinken, sollten die Euro-Länder in ihren Bemühungen um eine Verringerung der staatlichen Haushaltsdefizite nicht nachlassen und bei Bedarf weitere gesetzgeberische Maßnahmen treffen oder zeitnah **Strukturreformen** umsetzen, die geeignet sind, gleichzeitig die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und das Potenzialwachstum zu stärken. Diese Strukturreformen sollten darauf abzielen, die Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit zu verbessern sowie Wachstum und Beschäftigung nachhaltig zu steigern.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation und Sprachendienst

Abteilung Presse und Information

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.